

## In dieser Ausgabe

Für krisenfeste  
Geschlechter-  
gerechtigkeit

Seite 2

Stillgelegte  
Bahnstrecken  
wiederbeleben

Seite 2

Was machen die  
im Bundesausschuss?

Seite 3

Lautstarke Proteste:  
„Kein Raum der AfD“

Seite 4

Für warmes Mittag  
in Schule und Hort

Seite 5

Aufruf „Sichere Häfen“

Seite 6

Spinnen die LINKEN?

Seite 7

Redaktionsschluss  
der nächsten Impulse:  
1. November 2020

Erscheinen  
der nächsten Impulse:  
15. November 2020

## Linksfraktion feierte Corona-Helfer



Foto: A. Fortunato

Zu einem ganz besonderen Empfang hat die Linksfraktion des Kreistages Märkisch-Oderland Mitte September engagierte Helfer während der Corona-Pandemie eingeladen. Auf einem Vierseitenhof in Quappendorf bei Neuhardenberg bedankten sich die Kreistagsabgeordneten bei Aktiven in der Pflege, im Ehrenamt, in der Kultur und im Breitensport. „Wir brauchen, diejenigen, die

in sozialen Bereichen helfen, nicht diejenigen, die mit Geld jonglieren“, sagte Fraktionsvorsitzender, Uwe Salzwedel, zur Begrüßung der rund 100 Gäste. Leider habe die soziale Kälte zugenommen.

Der Vorsitzende der LINKEN. MOL, Niels-Olaf Lüders, forderte höhere Löhne für die Beschäftigten in sozialen Bereichen.

Einen Höhepunkt bildete die Übergabe von an diesem

Abend gesammelten 380 Euro sowie einer Spende von 140 Euro von Freienwalder LINKEN an Mitglieder des Vereins „Wir packen´s an“ aus Bad Freienwalde. Mit den beiden Spenden könnten ca. 1000 warme Mahlzeiten finanziert werden, sagte Miriam Tödter von der Hilfsinitiative. Nach dem verheerenden Brand im Flüchtlingslager auf Lesbos startete der Verein umgehend einen Hilfstransport mit Decken, Kleidung, Hygieneartikeln und Lebensmitteln nach Griechenland.

Schüler der Musikschule „Hugo Distler“ Eggersdorf verliehen dem Sommerabend mit bekannten klassischen Musikstücken einen ehrwürdigen Glanz. Liedermacherin Heike Mildner erfreute mit nachdenklichen Liedern über unsere Zeit.

Es war ein gelungener Empfang ganz anderer Art mit vielen guten Gesprächen bei Grillwurst, Gulaschsuppe und regionalen Leckereien.



Foto: Renate Adolph

Bettina Fortunato und Karin Klinger (DIE LINKE) übergeben Mitgliedern vom Verein „Wir packen´s an“ Spenden für die Flüchtlinge auf Lesbos

Renate Adolph

## Geschlechtergerechtigkeit muss krisenfest sein



Foto: Ben Gross

**Zu einem längst überfälligen Gespräch und fachlichen Austausch mit dem Frauenpolitischen Rat des Landes Brandenburg traf sich die Landtagsabgeordnete Bettina Fortunato mit den Sprecherinnen Claudia Sprenkel, Verena Letsch, Susanne Feldkötter Ende September in Potsdam.**

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e. V. (FPR) vertritt die Interessen von 23 Mitgliedsorganisationen, d. h. von ca. 300000 Frauen, gegenüber Politik, Verwaltung und Gesellschaft unseres Landes. Im Gespräch wurde u. a. festgestellt, dass das genau jetzt, nach fast einem halben Jahr Eindämmungspolitik, Quarantäneverordnungen, Umstrukturierungen des Familienlebens und mit dem Ausblick auf eine weitere Zeit der Ungewissheiten, der richtige Zeitpunkt ist, sich zu weiteren Aufgaben auszutauschen.

Die Sprecherinnen machten noch einmal deutlich, dass Geschlechtergerechtigkeit krisenfest, in diesem Sinne „coronafest“ sein müsse. In den zurückliegenden Wochen, besonders wenn Kindereinrichtungen und Schulen geschlossen waren und es Quarantänemaßnahmen für Familien gab, hatte es den Anschein, als kehre für die Frauen das alte Prinzip ihrer klassischen Rolle zurück.

## „Wriezener Bahn“ als Entwicklungsanker in Barnim-Oderbruch

Per Fahrraddraisine radelte der verkehrspolitische Sprecher der Brandenburger Linksfraktion, Christian Görke, auf seiner Sommertour im August gemeinsam mit Bürgermeistern und Kreistagsabgeordneten sowie Vertretern der Bürgerinitiative „Wriezener Bahn“ und des Deutschen Bahnkundenverbands auf

Die Gesprächspartnerinnen waren sich einig: Das werden wir nicht zulassen.

In Krisenzeiten ist demokratische Beteiligung umso wichtiger und müsse mit den Mitteln abgesichert werden. Das sei trotz Krisenbeschränkungen möglich z. B. durch Unterstützung bei der digitalen Ausstattung und Kompetenzvermittlung von politischen Akteur\*innen.

Antworten zu einer Anfrage an die Landesregierung im Sommer von Bettina Fortunato zu häuslicher Gewalt und Hilfesystemen in Brandenburg hatten ergeben, dass es einen Anstieg im Vergleich zu 2019 von 20 % gab und in Coronazeiten mit einer hohen Dunkelziffer zu rechnen sei, die erst zeitverzögert zu spüren sein werde. Allein in Brandenburg gab es z. B. in den letzten Wochen drei Femizide (geschlechtsspezifische Tötung von Frauen).

Schutzeinrichtungen wie Frauenhäuser und Beratungsstellen benötigten auch schon vor Corona eine verlässliche Existenzsicherung, und jetzt habe sich gezeigt: Sie brauchen sie einmal mehr.

Einig war man sich auch darüber, dass zielgerichtet weiter an einem Frauenhausfinanzierungsgesetz des Landes gearbeitet werden müsse, um das Netz von Schutzeinrichtungen für Gewaltopfer krisenfest abzusichern. Ein weiteres Thema war die Brandenburgische Frauenwoche, mit mehr als 200 Veranstaltungen. Sie wird im Jahr 2021 vom 4. – 22. März 2021 unter dem Motto „Superheldinnen am Limit“ stehen. Dieses Motto passe genau zu dem, was wir gerade erleben: Frauen sind die Superheldinnen des Alltags. Sie sind Mutter, Kollegin, super Freundin oder Ehefrau. Manchmal, oft gerade jetzt,

dem verwaisten Gleis vom Werneuchener Ortsteil Tiefensee zum rund drei Kilometer entfernten ehemaligen Bahnhof Leuenberg. Es war die vierte Station, bei der sich Görke der Wiederbelebung stillgelegter Bahnstrecken widmete. Einst konnten Reisende auf der „Wriezener Bahn“ von Berlin über Ahrensfelde, Blumberg, Werneuchen, Leuenberg, Sternebeck, Schulzendorf, Wriezen und über die Oder bis nach Polen fahren. Der Eisenbahnverkehr auf dem Streckenabschnitt Tiefensee – Wriezen wurde 1998 und zwischen Werneuchen und Tiefensee 2006 eingestellt.

auch super gestresst. Am Limit eben.

Der Frauenpolitische Rat meinte dazu: Alte Rollenvorstellungen und neue Erwartungen überlasten die Lebensrealitäten von Frauen. Ganz selbstverständlich scheint hier: Viel leisten, wenig bekommen. Durch die Coronakrise haben sich die Probleme verschärft.

## Der Politik die Situation von Frauen klarmachen

Die Verabredung für nächste Schritte für eine Verbesserung ist klar abgesteckt: Lohngerechtigkeit müsse endlich her, sonst sei Altersarmut besonders bei Frauen vorprogrammiert. Noch immer seien die am schlechtesten bezahlten Jobs von Frauen besetzt. In der Coronakrise seien dies sogar die „Systemrelevanten“.

Die Sprecherinnen des Frauenpolitischen Rates haben die LINKEN an ihrer Seite. Die Fraktion habe entsprechende Fragen regelmäßig in den Ausschüssen und im Landtagsplenum thematisiert. Das werde auch wieder eine Rolle spielen, wenn es in den Haushaltsdiskussionen um die Bezahlung von durch das Land finanzierte Stellen in Beratungs- und Unterstützungsnetzwerken der Frauenverbände gehe. „Wir bleiben im regelmäßigen Austausch und werden nicht aufgeben“, unterstrich Bettina Fortunato.

Geschlechtergerechte Politik brauche die Perspektiven von Frauen. „Wir werden ihre Meinung einbeziehen. Wir brauchen sie. Viele aktuelle Entscheidungen auch bei aktuellen Eindämmungsmaßnahmen hätten bei der Einbeziehung von weiblichem Fachwissen möglicherweise ganz anders ausgesehen, praktikabler. Das wollen wir bei Entscheidungen in allen Politikfeldern berücksichtigen“, sagte die Abgeordnete der Linksfraktion.

Frauenpolitische Sprecherin zu sein heiße, sich in allen Bereichen für Parität stark zu machen und die Rechte der weiblichen Seite der Brandenburgerinnen und Brandenburger und der zu uns gekommenen Menschen immer auf dem Schirm zu haben.

Nach dem erklärten Willen der Anrainerkommunen könnten jedoch zwischen Werneuchen und Wriezen in einigen Jahren wieder Züge rollen. Wie Wriezens Bürgermeister Karsten Ilm (CDU) erklärte, fehle der Region zwischen Barnim und Oderbruch eine direkte Schienenanbindung von und nach Berlin, um die überlasteten Zufahrtsstraßen (insbesondere die B158) zu entlasten und Verkehr im Sinne des Klimaschutzes von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Dem pflichtete Frank Kulicke (parteilos), Bürgermeister von Werneuchen, mit Verweis auf die

## Eindrücke vom Bundesausschusses der LINKEN

Seit diesem Jahr vertrete ich als gewähltes Mitglied gemeinsam mit drei weiteren Mitgliedern den Landesverband Brandenburg im Bundesausschuss (BA) der LINKEN. Nachdem aufgrund der Kontaktbeschränkungen die erste konstituierende Sitzung des neugewählten BA mit zeitlichem Verzug statt im März 2020 erst im Juni 2020, und dann auch nur in Form einer Videokonferenz stattgefunden hatte, trafen sich nun endlich die Mitglieder des BA am 19. September zur ersten Präsenzberatung in Berlin. Als Präsidium des BA wurden Barbara Borchert (MV), Mandy Eißing (TH), Willi van Ooyen (Hessen) und Artur Pech (BB) wieder und Iris Bernert-Leushacke (NRW) und Edgar Zitelmann (Bremen) neu gewählt. Besonders erfreulich ist aus Brandenburger Sicht das Wahlergebnis von Artur Pech, der die meisten Stimmen erhielt.

Aus Anlass des bevorstehenden 200. Geburtstages von Friedrich Engels am 28. November 2020 führte der BA eine Ehrung in Form von inhaltlichen Auseinandersetzungen mit theoretischen Fragen aus dem Wirken von Friedrich Engels unter aktuellen Gesichtspunkten durch. Besonders begeisterte die meisten Anwesenden der Vortrag von Prof. Dr. Thomas Kuczynski zum Thema „Friedrich Engels in seiner Zeit“ sowohl hinsichtlich des Inhaltes als auch des fesselnden Vortrages. Neben weiteren Referenten sprach auch Artur Pech: Sein Thema „F. Engels über die Lage der arbeitenden Klasse und die Migration“.

Der BA beschloss, das bereits in der Online-Sitzung im Juni für den BA beschlossene Strategiepapier „Was uns fehlt? Gesundheit und Gemeineigentum!“ als Antrag des BA zur Beschlussfassung an den bevorstehenden Bundesparteitag (BPT) einzureichen.

→ oft völlig verstopfte Ortsdurchfahrt in seiner Stadt bei. Ihn sprächen zudem immer wieder Unternehmen an, die sich einen Gleisanschluss für den Güterverkehr wünschten. Christian Görke konstatierte: „Ohne die Reaktivierung stillgelegter Nebenbahnstrecken werden die ehrgeizigen Klimaziele der Bundes- und Landesregierung nicht zu schaffen sein!“ Görke empfahl den Akteuren in der Region, sich zeitnah um eine Machbarkeitsuntersuchung zu bemühen und den Bedarf gegenüber der Landespolitik schwarz auf weiß nachzuweisen. Steffen Blunk von der Bürgerinitiative „Wrie-



### Leitantrag besteht weiter auf friedenspolitische Positionen

Der Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler informierte über die Vorbereitung des BPT und über die angelaufene Diskussion zum vorliegenden Leitantrag, welcher wesentliche Grundlagen für die in 2021 kommenden Wahlkämpfe formuliert. Ein sozial-ökologischer Systemwechsel stehe im Fokus, parteipolitische Bündnisse sollten, sofern DIE LINKE darin ihre Schwerpunkte umsetzen kann, nicht an der LINKEN scheitern. Der Leitantrag weiche in keiner Weise von den friedenspolitischen Positionen der LINKEN ab. Wichtig sei, dass DIE LINKE vermittele, es werde besser. Katastrophenszenarien oder apokalyptische Szenarien seien „rechter Nihilismus“. Der Bundestagsabgeordnete Dieter Dehm kritisierte, dass DIE LINKE nicht mehr als widerständig wahrgenommen werde, sondern gerade in der aktuellen Pandemie-Situation zu sehr vor dem Mainstream auf den Knien kriechen. Sie sollte vielmehr ihren roten Mar-

zener Bahn“ bot sogleich an, sein Verein könne eine solche Studie in Auftrag geben, wenn sich die Kommunen an der Finanzierung beteiligten. Nach Aussage von Görke, würden Land und Bund in den kommenden Jahren Milliarden an Fördermitteln bereitstellen, um stillgelegte Bahnverbindungen zu reaktivieren. Bis zu 90 Prozent der Kosten könnten so getragen werden.

kenkern herausstellen, und nicht um jeden Preis grüner werden wollen.

Der 2. Beratungstag des BA war den Berichten zur aktuellen Situation aus den verschiedenen Gremien der Partei gewidmet.

Matthias Höhn berichtete für die Bundestagsfraktion, Harald Wolf für den Parteivorstand, Martin Schirdewan für die Gruppe der LINKEN im EU-Parlament, Hans Modrow für den Ältestenrat. Als Diskussionsschwerpunkt erwies sich einmal mehr die Umsetzung der Friedensstrategie der LINKEN im aktuellen politischen und vor allem parlamentarischen Geschäft, ausgehend auch von verschiedenen medialen Darstellungen der letzten Wochen, und die Befürchtungen verschiedener „Friedensbewegter“ innerhalb und außerhalb der Partei, dass DIE LINKE von diesem ihrem Alleinstellungsmerkmal abweiche. Alle Anwesenden unterstrichen, dass dies nicht der Fall sein werde.

Eine weitere Debatte gab es u. a. zu 30 Jahren deutsche Einheit. Hans Modrow: „Es gibt bis heute keine gesamtdeutsche Nachkriegsgeschichte, lediglich die fortgesetzte Diffamierung der DDR.“ Des Weiteren wurde über die EU, deren Politik in der Flüchtlingsfrage und über eine fehlende EU-Strategie im Umgang mit der COVID19-Pandemie diskutiert sowie über die Oppositionsbewegung in Belarus, auch im geostrategischen Umfeld.

Insgesamt war mein Eindruck, dass die Mitglieder des BA zu den brennenden aktuellen Themen engagiert für ihre Auffassungen streiten – wobei Lautstärke nicht immer das bessere Argument ist – und die VertreterInnen der verschiedenen Parteigremien nicht immer auf volle Zustimmung zu ihren Sichtweisen trafen.

Aber das zeichnet schließlich auch die plurale Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft aus. Ich werde auf jeden Fall mit großer Spannung zum BPT nach Erfurt fahren.

Monika Huschenbett



Christian Görke 3. v.l.

## Kampagne „Kein Acker der AfD“ protestiert in MOL

Es war ein ungewöhnliches Bild am 5. September zwischen Strausberg und Hohenstein: Am Lokal „Zum Alten Steuerhaus“, an der Bundesstraße mehr oder minder mitten im Wald gelegen, versammelten sich etwa 120 Menschen. Viele hielten Schilder, Fahnen und Transparente in die Höhe, auf einer Bühne rappten die Strausberger PC Toys.

Eingeladen zu der Kundgebung hatte das Bündnis „Kein Acker der AfD!“, das es sich zum Ziel gesetzt hat, gegen die faschistische Partei in Märkisch-Oderland vorzugehen. Verschiedenste Menschen waren dem Aufruf gefolgt, man sah Fahnen der Partei DIE LINKE neben Antifa-Transparenten, Jugendliche neben betagten Genoss\*innen des VVN-BdA. Sie alle protestierten gegen das Strausberger Traditionslokal „Zum Alten Steuerhaus“, in dem die AfD wiederholt Veranstaltungen und Stammtische durchgeführt hatte. Die Stammtische dienten „der AfD weit mehr als nur dem netten Beisammensein. Sie sind bundesweit ein zentrales Mittel, um sich zugänglich und bürgernah zu präsentieren. Hierher können Interessierte eingeladen werden, vor allem aber können Sympathisant\*innen und Mitglieder sich ver-



netzen und austauschen. So unterstützten die Lokale, in denen solche Stammtische stattfinden, ganz aktiv die Arbeit der Partei“, argumentierten die Organisator\*innen.

Von der Bühne, mit Parolen und auf Schildern fordern die Teilnehmenden den Wirt des Steuerhauses, Peter Scholz, dazu auf, die AfD nicht länger bei ihren Veranstaltungen zu unterstützen – so wie zahlreiche andere Restaurants und Gaststätten in Berlin und Brandenburg das bereits getan haben.



Foto: Carsten Wenzel

Scholz indessen ließ sich während der Kundgebung zu Pöbeleien und Beleidigungen der Anwesenden hinreißen. Sie sollen „sich verziehen“, rief er und wurde ausfällig. Aber das war nicht der einzige Zwischenfall: In der Nacht vor der Kundgebung hatten Unbekannte auf dem Fahrradweg, der vom Bahnhof Strausberg zum Steuerhaus führt, Reißzwecken verstreut, sodass einige Teilnehmende mit platten Reifen am Kundgebungsort ankamen. Doch nicht nur sie wurden gestört: Auch in den darauffolgenden Tagen konnte man immer wieder Radtourist\*innen, Kinder oder Sportler\*innen beobachten, die ihre platten Räder an der Straße entlang schoben.

Dass diese Provokation aus dem Umfeld der AfD bzw. dem Steuerhaus kam, steht zu vermuten, hatten doch im Vorfeld der Kundgebung in den sozialen Medien insbesondere AfD-Unterstützer\*innen gegen die Veranstaltung gehetzt. Die Organisator\*innen der Kampagne bestätigten jedoch noch am Abend, dass sie sich von solchen Bedrohungen nicht einschüchtern ließen, sondern vielmehr die Kampagne weiter ausbauen wollten.

### Lauter Protest auch in Hönow

Nur eine Woche später konnten sie ihre Worte wahr machen: Sehr kurzfristig wurde bekannt, dass der Märkisch-Oderländer Kreisverband der AfD, angeführt vom Freienwalder Lars Günther, den Faschisten Björn Höcke nach MOL eingeladen hatte. Im Hönowener Restaurant „Mittelpunkt

der Erde“ sprach er vor knapp 50 Zuhörenden. Begleitet wurde die Veranstaltung wiederum von lautem Protest, ausgehend von den Bündnissen „Kein Acker der AfD“ aus Brandenburg und „Kein Raum der AfD“ aus Berlin. Rund 200 Antifaschist\*innen aus der Innenstadt, aus den Außenbezirken, aus MOL und auch zahlreiche Anwohner\*innen aus Hönow zeigten der Partei laut und deutlich ihre Ablehnung.

Es steht zu vermuten, dass die Aktivist\*innen auch in Zukunft Proteste gegen die AfD im Landkreis aufrechterhalten werden.

Informationen über die Kampagne und geplante Veranstaltungen finden Sie unter [www.keinacker.noblogs.org](http://www.keinacker.noblogs.org)

Roya Sobhani



**impulse**  
Informationsblatt des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE, Märkisch-Oderland

**Bitte sendet uns Beiträge  
aus Euren Kommunen!**

**Schreibt uns in Leserbriefen,  
was euch auf der Seele brennt!**

Euer Redaktionsteam: Renate Adolph,  
Reimar Pflanz, Simone Schubert,  
Roya Sobhani, Carsten Wenzel



Foto: R. Adolph

## Gute linke Politik ist beste Strategie gegen Rechtsradikale

Anhand von Verbindungen zu rechten, konservativen und nationalen Bewegungen, Burschenschaften, Vereinen und Stiftungen erläuterte Johlige, wie die AfD als deren parlamentarischer Arm genutzt wird. Zunehmend werde die AfD von Bestrebungen dominiert, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet seien. Ihr ethnokulturelles Volksbild verstoße gegen die Würde des Menschen, unterstrich die LINKEN-Politikerin. Zu den Inhalten dieser Partei gehörten: restriktive Flüchtlingspolitik, eine auf deutsche Kultur gerichtete identitätsstiftende Bildungspolitik, Leugnung des Klimawandels, Widerstand gegen den Kohleausstieg, mehr Befugnisse für Polizei und Bundeswehr im Innern, anti-islamische Mobilisierung aber auch gerechtere Renten und Steuern. Dieser „Soziale Patriotismus“ fände vor allem bei Nichtwählern, Abgehängten und Arbeitern Zuspruch.

Die AfD in Brandenburg wird vom Verfassungsschutz als „rechtsextremer Verdachtsfall“ eingestuft. Brandenburgs langjähriger AfD-Vorsitzender Kalbitz war Mitglied einer rechtsextremen Jugendorganisation. Thüringens Vorsitzender der AfD Höcke darf laut richterlichem Urteil als Faschist bezeichnet werden.

Doch wie gehen Linksfraktionen mit Mitgliedern einer solchen Partei in kommunalen Vertretungen um, wenn es beispielsweise um einen Jugendclub geht oder wenn es sich doch um den Nachbarn von nebenan handelt? Eigentlich gilt doch für DIE LINKE: Keine Zusammenarbeit mit der sich immer offener als faschistisch darstellenden AfD. Darüber berieten linke Kommunalvertreter gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Andrea Johlige am 4. September in Hoppegarten.

Wie umgehen mit der AfD? Aufgabe sei es, sich eindeutig von rassistischem, faschistischem, menschenfeindlichem und diskriminierendem Gedankengut abzugrenzen, Profil und Inhalte der AfD zu ent-

### Wie umgehen mit der AfD?

larven und der „Normalisierung“ der extrem rechten Partei Einhalt zu gebieten, appellierte Landtagsabgeordnete. Vor Ort greife die Partei häufig populistische Themen auf. Es gelte auch auf kommunaler Ebene: Keine gemeinsamen Anträge, Initiativen, Erklärungen und Veranstaltungen; keine Zustimmung zu Anträgen der AfD; keine Unterstützung in Personalangelegenheiten. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Aktivitäten der Rechtsextremen sei vielmehr notwendig.

„Wir sollten verdeutlichen, dass sich die politischen Positionen der AfD gegen eine solidarische, demokratische und egalitäre Gesellschaft wenden“, so Andrea Johlige. Die Symbolik ihres Tuns müsste immer mitgedacht werden. Deshalb sei es legitim, auch Sachanträge abzulehnen, die keine explizit rechtsradikalen Inhalte bedienten. Denn wer sich in der AfD engagiere, sei Teil eines insgesamt rechtsextremen Konstrukts. Absprachen mit anderen Fraktionen und demokratischen Kräften sowie gemeinsames Agieren seien wichtig.

Es gelte im Alltag, in breiten gesellschaftlichen Bündnissen ein deutliches Zeichen gegen die zunehmend rechtsextreme Gefahr zu setzen und zugleich für eine mitmenschliche Gesellschaft, für das Recht auf Asyl und Werte der Humanität zu werben. Es gehe darum, zu Agieren und nicht nur zu Reagieren! Gute linke Politik sei die beste Strategie gegen Rechtsextreme auch in Kommunalvertretungen!

Renate Adolph

## Für ein gesundes, warmes Mittagessen in Schule und Hort

Auf der Stadtverordnetenversammlung (SVV) in Strausberg am 10. September stimmte die LINKE gegen einen Vorschlag der AfD-Fraktion zum gedeckelten Essensbeitrag, gedeckelt für die Stadt. Der Zuschuss der Stadt sollte maximal 1 Euro betragen und jährlich unter dem Blickwinkel der Haushaltsmittel überprüft werden. Diese Vorlage wurde in beantragter namentlicher Abstimmung mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Unser Hauptargument: Bei steigenden Kosten würden nur die Eltern belastet und es würden

eher weniger als mehr Kinder an der Essensversorgung teilnehmen. Das Ziel, welches vor 10 Jahren ausschlaggebend für einen Zuschuss der Stadt überhaupt war, dass jedes Kind mindestens eine warme Mahlzeit am Tag erhalten sollte, würde damit nicht erreicht werden.

### Unser Vorschlag: 2,50 Euro Eigenanteil sind genug, und wir legen hier einen Deckel darauf, was den Eigenanteil anbelangt.

Dies würde nun bedeuten, dass die Stadt nach aktueller Vergabe im Ausschreibungsverfahren 1,22 bzw. 1,02 Euro je warmer Kindermahlzeit zuschießen müsste. Diese Gegenfinanzierung haben wir bereits bedacht, da die Stadtverwaltung ohnehin für eine Summe von 1 Euro bereits eine Rechnung aufgemacht und Geld eingeplant hatte. Hinzu kommt, dass wir, anders als bisher, zuerst das Bundes-Teilhabepaket berücksichtigen (sprich die Finanzierung des Essensgeldes für Kinder und Jugendliche mit daraus folgendem Anspruch) wodurch sich der Zuschuss durch die Stadt verständlicherweise verringern ließe.

Unser Antrag, wurde in die Ausschüsse zurückverwiesen, auch wenn wir gerne an diesem Tag bereits darüber abgestimmt hätten, denn er war gut begründet. Wir hoffen, dass in den Ausschüssen aus Sicht unseres gemeinsamen Ziels eines warmen Essens in der Schule und im Hort für jedes Kind und jeden Jugendlichen positiv diskutiert und beschieden wird.

Sollte der Beschluss über den gedeckelten Essensgeldanteil aus bestimmten Gründen verändert werden, sollte er zukünftig erst öffentlich beantragt, diskutiert und beschlossen werden. Dadurch entstünde eine deutlich bessere Planungssicherheit für Eltern und auch eine Transparenz über die Gründe der eventuellen Kostensteigerungen.

Ohnehin sind wir der Meinung, dass es langfristig hier einer entsprechenden Regelung, mindestens einer Landesregelung bedarf und hier die Kommunen nicht alleine gelassen werden dürfen. Der Beschluss der Stadt Strausberg könnte hier ein Auftakt sein.

Gregor Weiß

Vorsitzender der Linksfraktion  
in der SVV Strausberg



## Aufruf zum Beitritt in das Bündnis „Sichere Häfen“

Der Stadtverband DIE LINKE. Strausberg hofft, dass auch wir als Strausberg dem Beispiel von Potsdam, Fürstenwalde, Neuruppin und anderen Städten folgen und genau jetzt ein Zeichen für Humanität, für sichere Häfen in Brandenburg setzen.

Warum? Weil es richtig ist, weil es dringend notwendig ist und weil wir es können!!

Strafgesetzbuch (StGB)

§ 323c Unterlassene Hilfeleistung; Behinderung von hilfeleistenden Personen

(1) Wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies EFORDERLICH und ihm den Umständen nach ZUZUMUTEN, insbesondere ohne erhebliche eigene Gefahr und ohne Verletzung anderer wichtiger Pflichten möglich IST, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer in diesen Situationen eine Person behindert, die einem Dritten Hilfe leistet oder leisten will.

ZUM AUFRUF:

Corona ist tödlich – besonders für diejenigen, die sich nicht davor schützen können. In den Lagern auf den griechischen Inseln sind geflüchtete Menschen diesem tödlichen Virus weiterhin auf engstem Raum ausgeliefert. Seit Wochen fordern bundes-

weit Zehntausende Menschen die sofortige Evakuierung der griechischen Lager, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern.

Während sich über 170 Städte in Deutschland aufnahmebereit erklärt haben, holte die Bundesregierung kürzlich gerade einmal 47 Minderjährige aus dem Lager Moria auf Lesbos nach Deutschland. Ein Staat, der in kürzester Zeit 200000 deutsche Tourist\*innen zurückholen und 80000 Erntehelfer\*innen für die Rettung des deutschen Spargels einfliegen kann, zeigt deutlich seine Prioritäten: Das Leben der Geflüchteten ist ihm nichts wert.

47 Menschen aufzunehmen ist ein peinlicher Versuch, das nationale Gewissen reinzuwaschen. Für mehrere Zehntausend Menschen ändert es aber nichts: Sie sind dem Virus in Lagern und Sammelunterkünften schutzlos ausgeliefert – ob in Griechenland, auf dem Balkan oder in deutschen Massenunterkünften, in denen der empfohlene Mindestabstand und die Hygienevorschriften zu einer Farce werden.

Dieses vorsätzliche Versagen der Bundesregierung und der EU nehmen wir nicht hin. Wir lassen uns mit 47 aufgenommenen Menschen nicht ruhigstellen. Unser Protest endet erst, wenn alle Menschen in Sicherheit sind.

Deswegen fordern wir von der Bundesregierung:

- die sofortige Evakuierung aller Menschen aus den überfüllten Lagern an den EU-Außengrenzen und ihre Unterbringung in aufnahmebereiten Ländern und Kommunen, wo sie angesichts der Corona-Pandemie den dringend notwendigen Zugang zu medizinischer Versorgung haben können,
- die sofortige Evakuierung von Sammelunterkünften in Deutschland, in denen die Sicherheitsvorkehrungen bezüglich des Corona Virus nicht eingehalten werden können,
- den sofortigen Stopp der Unterstützung der staatlichen Gewalt an der EU-Außengrenze,
- die bedingungslose Wahrung der Menschenrechte und die Wiederherstellung des Zugangs zu Schutz und Asylverfahren in der Europäischen Union.

In Deutschland und ganz Europa: Wir lassen niemanden zurück – #LeaveNoOneBehind!

**Daher rufen wir auch unsere Bürgermeisterin auf, hier ein Zeichen zu setzen und dem Bündnis beizutreten! Jetzt!**

Stadtvorstand

DIE LINKE. Strausberg

September 2020

<https://seebruecke.org/kampagnen/leavenoonebehind/aktionsideen/>



## Spinnen die LINKEN – Oder...?

Ich habe in meiner kurzen Zeit in Strausberg ja schon einiges erlebt. Erst meckern diese „roten Verschwörer“ über gelbe Schleifen, die doch so dekorativ aussehen und für alle Bürger so ein „wichtiges Zeichen“ für unsere Verbundenheit mit unseren Kriegern ist, die unsere Freiheit in den so fernen Ländern verteidigen!

Dann wollen die auch noch, dass sich Strausberg als „Stadt für den Frieden“ outet und die Bundesrepublik auf Atomraketen verzichtet. Beim besten Willen, wenn wir auf Friedensmacht machen wollen, hätten wir ja gleich DDR bleiben können!

Das geht ja wohl gar nicht, wissen diese Spielverderber denn nicht, dass Strausberg eine der wichtigsten Städte an der vordersten Front ist. Sozusagen Aug in Aug mit dem grausamen russischen Bär, der, hochgerüstet bis zur Tschapka, nur darauf wartet, über uns herzufallen! Ohne unsere Atomraketen würden wir doch glatt mit heruntergelassener Hose dastehen!

Nun fangen die auch noch an, uns wirtschaftlich zu ruinieren. Will doch die Linkspartei in Strausberg Eltern bevorteilen, indem die Beiträge für das Schulessen ihrer Kinder begrenzt werden sollen.

Die Spitze des Eisberges präsentierten sie in der letzten Stadtverordnetenversammlung. Diese Partei will doch wirklich die Bürger über städtische Vorhaben zeitnah informieren und an Entscheidungen beteiligen. Echte Bürger-

beteiligung! Darf denn Demokratie so weit gehen?

Bloß gut, dass in den anderen Fraktionen so viele kompetente, bürgernahe Stadtverordnete sind, die verstanden haben, dass das viel zu viel Arbeit macht und die Bürger sowieso kein Interesse am Mitbestimmen haben! Zu was wird man eigentlich gewählt, wenn die Bürger nach der Wahl auch noch gefragt werden, was sie wollen?

Wenn der zu „große“ Arbeitsaufwand und die angebliche Interessenlosigkeit der Strausberger Bürger der Grund für die Ablehnung der Vorlagen der Linksfraktion waren, ist das als Begründung nicht zu akzeptieren! Ein Schelm, wer da denkt, es hätte was mit der LINKEN als Einreicherin zu tun.

Wie sinnfrei ist denn diese Herangehensweise und wie nutzt sie den Bürgern?

PS: Kurze Mitteilung aus der Rubrik Strausberger Pleiten, Pech und Pannen

Der am Fähranleger mit Steuergeld unserer Bürger verschwenderisch errichtete Steg musste aus Sicherheitsgründen leider vor-



Verlassener Steg am Straussee

Foto: Carsten Wenzel

übergehend geschlossen werden.

Leider bekommt man für ein schmales Budget kein Material, das auch den Ansprüchen von Kindern und Jugendlichen entspricht! Die Drahtverspannung hat den Belastungen unserer neugierigen, „hyperaktiven“ Kinder nicht standgehalten!

Vielleicht wäre es doch sinnvoller gewesen, zusammen mit einem ansässigen Kreditinstitut das beliebte Rondell zu erneuern bzw. die Bürger vorher mal zu fragen?

Nach Aussagen von in der Regel gut informierten Bürgern stand das Angebot einer Beteiligung! Aber wer hat, der kann – oder????

*Der Stachel*

### Ihr Re(h) Auge Kolumne

#### Nowitschok und kein Ende



Als in den 1990er Jahren Russland wirtschaftlich, politisch und militärisch am Boden lag, feierte der Westen das Land und

seinen Präsidenten als enge Freunde. Er war der Meinung, dass der Bär erlegt wäre und man nun dazu übergehen könnte, sein Fell zu verteilen. Doch dann geschah etwas Unglaubliches. Ein neuer Präsident mit Namen Putin bewirkte mit seiner entschiedenen Kurskorrektur einen Trendwechsel im Land, besonders bezogen auf Wirtschaft, Lebensniveau und vor allem Außenpolitik. Getragen vom Vertrauen des Volkes machte er aus Russland wieder einen ernst zu nehmenden Partner in den internationalen Beziehungen. Obwohl es sich noch immer lohnte, Geschäfte mit Russland zu betreiben, wurde dem ausländischen Kapital der ungehemmte Zugriff auf die Reichtümer des Riesenlandes verwehrt. Erdöl, Gas, Aluminium, Nickel, seltene

Erdn, Gold und Diamanten verblieben im Eigentum der Russischen Föderation und seiner Unternehmen.

Das Hauptziel ihrer Politik gegenüber diesem Land im Osten hatten die USA und Westeuropa nicht erreicht. Wie also sollte man dem militärisch wieder erstarkten, nunmehr zum Gegner erklärten Staat beikommen? Flugs wurde er zur Hauptbedrohung für die europäische Sicherheit sowie die Interessen der USA erklärt. Doch es blieb nicht bei leeren Erklärungen. Herhalten müssen die Instrumentarien des Kalten Krieges, die alten und neu erfundenen, wissend, dass ein heißer die Selbstvernichtung bedeuten würde. Zurückgegriffen wird auf die beliebte Rüstungsspirale oder auf Wirtschaftssanktionen, selbst wenn Interessen eigener Unternehmen geopfert werden müssen. In Mode gekommen sind „Farb- oder auch Blumenrevolutionen“ als Form des Regimewechsels wie in Georgien, der Ukraine oder in den Magreb-Staaten. In Weißrussland sind es die Farben weiß-rot-weiß, die u. a. zwischen 1941 und 1944 von der faschistischen Besatzungsverwaltung und den Kollaborateuren während der faschistischen Okkupation von Belarus verwendet wurden. Hervorgeholt werden „Oppositionelle“,

die sich aus Finanztöpfen des westlichen Kapitals speisen und die plötzlich ins Koma fallen, „vergiftet“ durch einen Kampfstoff, den russische Wissenschaftler erfunden haben, über den allerdings die Mehrzahl der Geheimdienste der Welt selbst verfügt. Besonders nachdenklich macht der Zeitpunkt des mutmaßlichen Anschlags auf Nawalny. Er fällt zusammen mit der Erklärung Putins, Lukaschenko zu unterstützen, was gleichbedeutend ist mit dem Willen, eine „Revolution“ à la Ukraine in Belarus und damit einen antirussischen Cordon sanitaire vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer zu verhindern.

Erinnert wird man an die 1930er Jahre, wenn die allmächtigen koordinierten Verlautbarungen von Politikern und Medien über Russland ertönen. Die Lüge muss nur groß genug sein, damit sie von den Menschen geglaubt wird. Zu diesen Menschen gehören auch die Bürger unseres Landes. Ihre Meinung, ihre Haltung gegenüber Krieg und Frieden entscheiden letzten Endes über unsere Gegenwart und Zukunft, die unserer Kinder, Enkel und Urenkel.

Wie immer stellt sich die Frage: Wem nützt es?

*Ortsverband DIE LINKE. Rehfelde*

**Bürgerbüros****Bettina Fortunato (MdL)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon: (0 33 46) 85 21 45  
Telefax: (0 33 46) 85 21 47  
E-Mail: buero-fortunato@t-online.de  
www.bettina-fortunato.de

**Geschäftsstellen****Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de  
E-Mail: info@dielinke-mol.de

**Bad Freienwalde**

Grünstraße 8  
16259 Bad Freienwalde  
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41  
E-Mail: frw@dielinke-mol.de  
www.dielinke-frw.de

**Strausberg**

Große Straße 45  
15344 Strausberg  
Telefon: (0 33 41) 31 17 96  
Telefax: (0 33 41) 31 47 75  
E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de  
www.dielinke-strausberg.de

**LinksTreff****LinksTreff Seelow**

Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47  
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de  
www.dielinke-seelow.de

### Öffnung der Büros der LINKEN im Oktober

- **Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. MOL in Strausberg:**  
von Montag bis Donnerstag  
von 9.0 bis 12.00 Uhr geöffnet
- **LinksTreff in Seelow**  
dienstags von 9.00 bis 12.00 Uhr
- **Geschäftsstelle Bad Freienwalde**  
dienstags 9.30 bis 11.30 Uhr  
donnerstags 16.00 bis 18.00 Uhr
- **Wahlkreisbüro von Bettina Fortunato in Seelow:**  
Montag bis Donnerstag  
von 9.00 bis 13.00 Uhr

**Einladung****zur Wahlkreismitgliederversammlung**

Die Kreisvorstände Märkisch-Oderland und Barnim der Partei DIE LINKE laden zur Wahlkreismitgliederversammlung des Bundestagswahlkreises 59 (Märkisch-Oderland, Barnim II) ein:

**24. Oktober 2020, 10 Uhr, Erich-Wünsch-Halle, Turnhalle 6, Heinersdorfer Straße 52, 16321 Bernau.**

Die Genossinnen und Genossen wählen hier die Direktkandidatin oder den Direktkandidaten der Partei DIE LINKE für ihren Bundestagswahlkreis 59 zur Wahl des 20. Deutschen Bundestages.

### Die Kreisgeschäftsstelle der LINKEN Märkisch-Oderland bleibt vom 19. bis 23. Oktober 2020 geschlossen.

**Neuenhagen braucht eine Grundschule!**

In Neuenhagen wird in den kommenden Jahren die Schülerzahl weiter ansteigen. Deshalb wird eine vierte Grundschule benötigt. Nach vielen Auseinandersetzungen wurde der Standort-Vorschlag der LINKEN angenommen. In der Folge wurde in 2019 ein interdisziplinärer Realisierungswettbewerb durchgeführt und mit dem Gewinner, dem Architekturbüro NAK, Ende 2019 das Planungsverfahren begonnen. Laut der ersten Schätzungen sollte der Bau nun jedoch deutlich teurer werden als vorgegeben. Daraufhin legte der Bürgermeister der Gemeindevertretung am 18.06. kurzfristig einen Beschlussvorschlag vor, die Zusammenarbeit mit dem bisherigen Architektenbüro zu beenden. Genaueres aus Sicht der LINKEN ist auf der Internet-Seite des Ortsverbandes Neuenhagen unter <https://www.dielinke-neuenhagen.de/nc/aktuelles/detail-akt/news/schulcampus-am-gruscheweg-enttaeuschung-ueber-intransparentes-verwaltungshandeln/> zu lesen.

### Spruch des Monats

„Wir können uns stundenlang darüber unterhalten, dass in diesem System die Schwächeren unterjebuttert werden, det nützt ja nüscht –

**wir müssen wat dagegen tun!“**

Regine Hildebrandt

**Einladung****zur Kreismitgliederversammlung**

Der Kreisvorstand Märkisch-Oderland der Partei DIE LINKE. lädt zur Kreismitgliederversammlung ein:

**24. Oktober 2020, 12 Uhr, Erich-Wünsch-Halle, Turnhalle 6, Heinersdorfer Straße 52, 16321 Bernau.**

Die Genossinnen und Genossen wählen hier die Vertreterinnen und Vertreter für die LandesvertreterInnenversammlung der Partei DIE LINKE zur Aufstellung der Landesliste für die Wahl des 20. Deutschen Bundestages

**Erfurter Parteitag der LINKEN 2020**

Auf dem Bundesparteitag der LINKEN vom 30. Oktober bis 1. November in Erfurt wird ein neuer Parteivorstand gewählt. Als Vorsitzende haben sich bisher beworben: Jette Buttgeriet aus Berlin, Susanne Henning-Wellzow aus Thüringen und Janine Wissler aus Hessen.

Zudem wird über den Leitantrag „Wie wir gerecht aus der Krise kommen – Mit einem sozialen und ökologischen Systemwechsel!“ abgestimmt.

Weiter Info´s unter: [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

**Das Offene politische Gespräch**

Zu einem „Offenen politischen Gespräch“ lädt DIE LINKE. MOL immer am letzten Dienstag im Monat ein.

Die nächste Diskussionsrunde findet

am **27. Oktober** in der Kreisgeschäftsstelle, Große Straße 45, 15344 Strausberg, statt.

**IMPRESSUM**

**Herausgeber:** Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

**V.i.S.d.P.:** Niels-Olaf Lüders, Tel. 0334 1-311796, **Redaktion:** Renate Adolph, Reimar Pflanz, Simone Schubert, Roya Sobhani, Carsten Wenzel, info@dielinke-mol.de.

**Layout u. Satz:** Fortunato Werbung, - [www.fortunato-werbung.de](http://www.fortunato-werbung.de), **Fotos/Grafiken:** DIE LINKE. MOL, privat